



Syndicat des Fabriques d'église du Luxembourg a.s.b.l. RCS n° F 10322

☎ syfel@syfel.lu

✉ 15, am Duerf

L-7651 Heffingen

CCPL LU08 1111 7035 7433 0000

Communiqué vom 16. Oktober 2017

Politische Possen anlässlich der parlamentarischen *Rentrée* und der Kommunalwahlen *„Aber wehe, wehe! / Wenn ich auf das Ende sehe!“*

Anlässlich der parlamentarischen *Rentrée* wurde in Teilen der Presse berichtet, die Abschaffung der Kirchenfabriken sei fast vollendet, und das noch erforderliche Gutachten des Staatsrates zu den Änderungsvorschlägen sei quasi nur noch eine Formalität. Nun, dies scheint ein frommer (sic!) Wunsch zu sein, denn **die kruzialen Probleme, welche die Gesetzesvorlage beinhaltet, sind keineswegs durch die letzten Änderungsvorschläge des Ministers gelöst worden.** Im Gegenteil!

Die ‚kühne‘ Lesart des Gutachtens des Staatsrates durch Minister Kersch, die Besitzzuweisung der Kirchengebäude per Gesetz könne nur einseitig in einem Wunschkonzert der Gemeinderäte gelöst werden, entbehrt jeglichem gesunden Menschenverstand und macht die Gemeindeautoritäten zu gezwungenen Komplizen bei diesen unheiligen Machenschaften. Oder sollte man hier auch von „*Magouillen*“ reden können?

Zweierlei Maß und zweierlei Gewicht! Wenn es dem Minister passt, mahnt er an, man solle sich an das Gesetz halten, und man solle darauf achten, wie man miteinander umgeht. Recht hat er ja, nur dass er sich selbst keineswegs an seine eigenen Mahnungen hält. Denn auch Regelungen, die durch Gesetze vorgenommen werden, müssen im Einklang mit existierenden Rechtsvorschriften und im Konsens mit den Betroffenen gefunden werden. Dies ist hier nicht der Fall. **Dan Kersch, der in letzter Zeit auf kommunaler Ebene von akuten Anfällen von Demokratieverständnis und Wählerwillen gepackt ist, ignoriert weiterhin die zuständigen Kirchenfabriken.** Spätestens seitdem sogar der Staatsrat das Besitzrecht der Kirchenfabriken ausdrücklich bestätigt hat, sollte dem Innenminister klar geworden sein, dass er auch mit ihnen reden müsste. Aber nein, **nicht ein einziger Brief oder eine Anfrage der Kirchenfabriken wurde vom Minister beantwortet.**

Des Weiteren steht auch noch die Frage der erneuten „*spoliation*“ der Kirchenfabrikgüter im Raum, die samt und sonders in einem staatlichen Fonds verschwinden sollen, der von

Regierungs Gnaden absolutistisch vom Bistum geführt werden soll. Dies entbehrt ebenfalls jedem Verständnis von Reformen im 21. Jahrhundert. Mal abgesehen davon, dass **Demokratie, die Dan Kersch doch neuerdings stärken will¹, in diesem Fonds überhaupt nicht vorhanden ist** und eine Rechtssicherheit schlichtweg gar nicht existiert.

Letztens ignoriert die Regierung auch weiterhin die Forderungen und Vorschläge der Petitionäre für die Kirchenfabrikreform, welche das bislang zweithöchste Resultat überhaupt bei öffentlichen Petitionen in Luxemburg aufzeigen konnten. **Es ist Dan Kersch völlig gleichgültig, was die Petitionäre zu sagen haben.**

Zur Erinnerung: Aufgrund der Petition Nr. 715 diskutierte das Syfel am 24. Juli mit der parlamentarischen Kommission für innere Angelegenheiten noch einmal seine Vorstellungen der Reform. (In dieser Sitzung wollte der Minister, trotz eindeutigem Votum zu seinen Gunsten, nicht bleiben.) Zwei Tage später, am 26. Juli (Erstaunlich schnell, denn in diesen zwei Tagen hat keine erneute Sitzung der entsprechenden Kommission stattgefunden.) müssten im Regierungsrat die Amendements gutgeheißen worden sein². Erst am 17. August wurden diese Amendements dann im Parlament hinterlegt, und **keinem einzigen Punkt der am 24. Juli in der Parlamentskommission besprochenen Aspekte war Rechnung getragen worden.** Im Gegenteil, bspw. wurde das dort angeführte Problem der Allmacht des Bistums im Fonds noch schärfer formuliert. Von der „*partizipativen Approche vum Bierger*“³, von welcher Dan Kersch seit neuestem spricht, ist hier nicht die Spur vorhanden. **Des Innenministers Theorie und Praxis stimmen definitiv nicht mehr überein und so drängt sich die Frage auf, inwiefern man ihn überhaupt noch ernst nehmen kann.**

Zwischenzeitlich waren auch Kommunalwahlen und **Minister Kersch sieht als LSAP-Genosse, dass seine Felle davonschwimmen, denn einige lokale LSAP-Sektionen sind im Kirchenfabrik-Dossier längst nicht mehr linientreu.** Wenn in der Ausgabe des LSAP „pluspunkt“ vom September 2017 noch steht „*Das letzte Kapitel zur Trennung von Staat und Kirche wird mit der Abschaffung des Dekrets von 1809 über die Kirchenfabriken und die Schaffung eines Kirchenfonds unter der Aufsicht des Erzbistums aufgeschlagen*“, so sieht bspw. die LSAP-Sektion Wintger auf Facebook in einem Aufruf unter dem Titel „*Die Kirche als Schlüssel für bezahlbaren und modernen Wohnraum*“ ein „*extrem hohes Potenzial, dass die Kirche wieder aktiv einen hohen Stellenwert in der modernen Gesellschaft einnehmen kann*“. Dieselbe Sozialistensektion ist auch „*offen für jegliche Diskussionen mit den Kirchenfabriken und der Kirche um solche zukunftsweisende Projekte in den nächsten Jahren auf die Beine zu stellen.*“ Und dies ist nur ein Beispiel von vielen, in welchen die lokalen Partei-Sektionen Dan Kersch's obskuren Gesetzentwurf nicht in Betracht ziehen.

¹ Dixit ibidem.

² Allerdings wird dies nicht im entsprechenden offiziellen Regierungscommuniqué vom 26.07.2017 erwähnt. (<https://www.gouvernement.lu/7163854/26-conseil-gouvernement>)

³ Dixit D. Kersch auf RTL Radio am 11.10.2017.

Auch die TNS-Ilres Umfrage im Auftrag von RTL bezüglich des „Finanzement an Ënnerhalt vu Kierchen a Kapellen durch d’Gemeng“⁴ dürfte dem Minister wohl auf den Magen geschlagen sein, denn 51 % der Befragten sind FÜR solch eine kommunale Finanzierung, und wollen folglich die Kirchen nicht in die private Hand abschieben. Nur 37% waren eindeutig gegen einen kommunal getragenen Unterhalt. Auch hier scheint das Mehrheitsverhältnis, auf welches der Minister sich ja seit Kurzem so gut versteht, klar. Es ist nie zu spät, um etwas wieder gut zu machen: Der Vorschlag ist noch nicht Gesetz. Neue Gespräche im Sinne der Schaffung moderner Kirchenfabriken sind durchaus noch möglich und würden endlich zu einer Beruhigung der allgemeinen Entrüstung führen.

„Der letzte Streich“ ist also noch lange nicht gespielt, denn die Kirchenfabriken und das Syfel werden trotz gebetsmühlenartiger Wiederholung des Innenministers, es bestünden keine Probleme mehr, alle ihnen zu Verfügung stehenden juristischen Mittel und Lösungswege beschreiten, um das Kirchenfabrikwesen auf eine legale und moderne Art zu reformieren, um am Ende mit Wilhelm Buschs Dörfnern übereinzustimmend zu Gambias ‚Streichen‘ festzustellen: „Gott sei Dank! Nun ist ‘s vorbei mit der Übeltätere!“

Für das Syfel



Serge EBERHARD
Präsident



Marc LINDEN
Vize-Präsident



Patrick RIES
Sekretär

⁴ <http://tele.rtl.lu/fotoen/28812/photo/#p9>